

Antrag

der Abgeordneten Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Rainer Stinner, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Heinz-Peter Haustein, Dr. Werner Hoyer, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Carl-Ludwig Thiele, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Attraktivität des Soldatenberufes steigern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bundeswehr ist unverändert ein wesentliches Instrument deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Sie hat sich in den vergangenen zehn Jahren durch ihre Einsatzbereitschaft und Leistungsfähigkeit in dieser Rolle vielfach bewährt. Dieser hohe Standard wird nur zu halten sein, wenn die Bundeswehr auch in Zukunft über hoch motiviertes und sehr gut ausgebildetes Personal verfügt, das überdies mit modernster Bewaffnung und Ausrüstung ausgestattet ist. Sie muss als Instrument wirkungsvoller Außen- und Sicherheitspolitik professionell und flexibel sein, schnell einsetzbar, sowohl im Rahmen der Bündnisverteidigung als auch bei Missionen der Krisenbewältigung, der Terrorbekämpfung, der Friedenssicherung, der humanitären und der Katastrophenhilfe.

Als Arbeitgeber steht die Bundeswehr in Konkurrenz zu Arbeitgebern aus der Privatwirtschaft und dem öffentlichen Dienst um geeignete Bewerber. Während die Bundeswehr zurzeit noch ausreichend geeignete Bewerber findet, droht eine Verschärfung der Bewerbersituation infolge kommender geburtenschwacher Jahrgänge.

Die Entwicklung der Bewerbungsumfänge hängt aber nicht nur vom demographischen Trend, sondern darüber hinaus auch von vielen weiteren Faktoren, wie z. B. der Attraktivität des Berufsangebotes, ab. Diese wird nicht nur durch Gehaltshöhe, Weiterbildungsmöglichkeiten und Versetzungshäufigkeit beeinflusst, sondern auch durch das Niveau der Versorgung im Falle der Verwundung.

Darüber hinaus ist auch die Beförderungssituation in allen Laufbahnen ein deutliches Attraktivitätsproblem.

Ferner stellt die Frage, wie Familie und Beruf in Einklang zu bringen sind, Soldatinnen und Soldaten vor eine große Herausforderung. Häufige Versetzungen und die steigende Anzahl von Auslandseinsätzen machen es notwendig, dass der Dienstgeber dieses Thema nicht mehr als reine Privatangelegenheit betrachtet, sondern konkrete Angebote macht. Familienfreundlichkeit wird in Zukunft ein wichtiger Faktor bei der Berufswahl junger Menschen sein.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. ein eigenes Besoldungsrecht für die Angehörigen der Bundeswehr zu schaffen, das an die Beamtenbesoldung angelehnt ist, das die Eingangsbesoldung anhebt und damit den Soldatinnen und Soldaten auch den Freiraum für eine eigenverantwortliche Altersvorsorge schafft. Die Angebote müssen hier analog zu den Angehörigen des öffentlichen Dienstes von der privaten Aufstockung nach dem Kapitaldeckungsverfahren bis hin zu Angeboten im Rahmen einer betrieblichen Zusatzsicherung reichen;
2. für alle Soldatinnen und Soldaten ein Stellenausschreibungs- und Bewerbungsverfahren einzuführen, die Personalentscheidungen transparent und nachvollziehbar zu gestalten, die Versetzungshäufigkeit auf das dienstlich unvermeidbare Maß zu reduzieren;
3. einen Rechtsanspruch auf Weiterbeschäftigung für Soldatinnen und Soldaten zu schaffen, die aufgrund eines Einsatzunfalls oder einer vergleichbaren Wehrdienstbeschädigung eine Schwerbehinderung erlitten haben;
4. die vorhandenen Verwendungs- und Beförderungsstaus abzubauen;
5. Arbeitsbedingungen in der Bundeswehr an die Bedürfnisse einer familienorientierten Personalpolitik anzupassen. Maßnahmen sollten insbesondere die Bereiche Kinderbetreuung und Versetzungspraktiken betreffen.

Berlin, den 26. September 2006

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion